



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Druk o sytuacji urzędników straży finansowej w wyniku nowej pragmatyki służbowej

Liczba stron oryginału

2

Liczba plików skanów

3

Liczba plików publikacji

3

Sygnatura/numer zespołu

TR 070.001

Data wydania oryginału

1912

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Behandlung der Finanzwachbeamten in bezug auf Zeitvorrückung in dem neuen Entwurf einer Dienstpragmatik.

Für die Zeitvorrückung unterscheidet der neue Entwurf einer Dienstpragmatik (§ 68) fünf Beamtengruppen, je nachdem, welche Vorbildung für die Anstellung in dem betreffenden Dienstzweige grundsätzlich vorgeschrieben ist. Nun sollen Finanzwachbeamte, da man für die Anstellung in der Finanzwache keine andere Vorbildung als Volksschulbildung (§ 2 FzwV.) fordert und da man auch bei ihrer Ernennung mit dem Nachweise abgelegter Fachprüfungen sich begnügt (die alte Norm, wonach nur der zum Finanzwachbeamten ernannt werden darf, der wenigstens die untere Mittelschule absolviert hat, wird schon längst nicht mehr respektiert), in die letzte Gruppe (Gruppe E) eingereiht werden. So selbstverständlich diese Einreihung allen in die Verhältnisse unseres Dienstes nichteingeweihten auch scheinen dürfte, sie wäre nichts weniger als gerecht und — zweckmäßig. Mehr brauchte die österreichische Finanzwache wahrlich nicht, um total und auf die Dauer ruiniert zu werden. Denn geschieht's, wird es in der Wache in absehbarer Zeit nur noch Elemente geben, aus denen der eigene Beamtenstand sich überhaupt nicht wird ergänzen lassen.

Gegen eine solche Einreihung müssen daher die Finanzwachbeamten nicht nur in ihrem eigenen, auch im Interesse der Anstalt Einsprache erheben. In ihrem Interesse deshalb, weil ihnen aus dieser Maßnahme sowohl materielle als moralische Nachteile erwachsen würden, und das ganz ohne ihr Verschulden, also ungerechter-, wenigstens aber unbilligerweise. Von Finanzwachbeamten wird grundsätzlich keine höhere Vorbildung als Volksschulbildung verlangt. Das ist insofern wahr, als die Verfassung tatsächlich von mehr nicht spricht. Warum, ist leicht einzusehen. Aus dem einfachen Grunde, weil die meisten Finanzwachangestellten ohnehin höhere Vorbildung in die Anstalt mitbringen oder darin durch Selbststudium erlangen. Es gibt auch tatsächlich in keiner zweiten Anstalt, für welche nur Volksschulbildung gefordert wird, so viele Elemente mit weit höherer Vorbildung als Volksschulbildung. Darauf brauchte die Regierung allerdings keine Rücksicht zu nehmen; denn was an Vorbildung ein Staatsbediensteter unaufgefordert mitbringt, dafür kann er besonders nicht honoriert werden. Bei uns liegt indes die Sache anders. Wir bringen zwar das Mehr an Vorbildung auch unaufgefordert in die Wache, allein die Regierung, respektive Finanzverwaltung rechnet ja damit. Während sie nur Volksschulbildung verlangt, nötigt sie den Angestellten zu Fachprüfungen, die abulegen nur der in der Lage ist, der sich zuvor eine weit höhere allgemeine Bildung als die Volksschule vermittelt, angeeignet hat. Wer nur Volksschulbildung besäße, der wäre ganz außerstande, die für höhere Stellen in der Wache erforderliche Fachbildung zu erlangen. Ohne allgemeine Bildung, die zumindest einer Untermittelschulbildung gleichkommt, keine Fachbildung. Und die muß erlangt haben schon der Oberaufseher, der sich zur Respizientenprüfung stellt, geschweige denn ein Respizient, der die Befähigung für eine Beamtenstelle in der Wache erlangen will. Man besehe sich nur unsere Fachprüfungsprogramme: kann man mit nur Volksschulbildung den Prüfungsstoff bewältigen? Nicht umsonst verpflichtet die Finanzverwaltung die Angestellten, ihre besonderen Fähigkeiten, Kenntnisse und Geschicklichkeiten zum Besten des Dienstes anzuwenden (§§ 66, Abs. 5 FzwV.). Du brauchst nur Volksschul-

bildung haben, hast du aber mehr, so bist du verpflichtet, sie umsonst, nur aus Liebe zum Beruf, herzugeben. Ein Beweis, daß die Finanzverwaltung mit unserem Mehr an Wissen bewußt rechnet. Sonst müßte sie ihre Ansprüche bedeutend verringern, sonst würde sie die Finanzwache unmöglich zu dem verwenden können, wozu sie diese heute verwendet. Erst dann könnte sie sich bei unserer Einreihung für die Zeitvorrückung auf den § 2 FzwV. mit Recht berufen. So aber geht es durchaus nicht an. Die Vorschrift verlangt zwar nur Volksschulbildung, die Praxis hingegen zumindest die gleiche Vorbildung, welche für alle Beamten in höherem Manipulationsdienste (zum Beispiel Zolldienst) »grundsätzlich« vorgeschrieben ist. Vorgeschrieben oder nicht vorgeschrieben, was man wirklich leistet, wozu man wirklich verwendet wird, danach muß man bewertet werden.

Während die meisten Manipulationsbeamten, mit denen die Finanzwachbeamten in einen Sack geworfen werden sollen, nur in einem Spezialfache, auf einem eng begrenzten Gebiete als Hilfsorgane der leitenden Konzeptsbeamten und unter ihrer Anleitung und Aufsicht tätig sind, ist die Stellung eines Finanzwachbeamten nicht nur eine leitende im vollen Sinne des Wortes, auch ein ganz respektables Maß von theoretischen und praktischen Kenntnissen auf seinem ungemein ausgedehnten Betätigungsgebiete erheischende. Ein Finanzwachbeamter »mit nur Volksschulbildung« befehligt und regiert oft fünfzig und mehr Unterorgane, er fungiert als ihr Bildner und Erzieher für den Beruf, er hat die Strafgewalt (!) über sie inne, er fungiert als delegierter Gefällsuntersuchungsrichter (!), er leitet die Kontrolle in Betrieben, die jährlich Hunderttausende an Abgaben leisten, deren richtiger Eingang zum großen Teile auch von seinen intellektuellen und moralischen Qualitäten abhängt, von ihm werden Gutachten verwaltungs- und steuertechnischer Natur abverlangt, ja er fungiert als Skontrierungsorgan von Zollämtern, von deren Organen Mittelschulbildung gefordert wird. Kurz, man verlangt von ihm Leistungen, denen nur der gewachsen sein kann, der eine allgemeine Bildung besitzt, wie sie kaum die Mittelschule zu vermitteln imstande ist. Gewiß und bescheiden zugleich ist, daß die Finanzwachbeamten einen begründeten Anspruch haben, wenigstens in der vorletzten Gruppe, in die auch die Zertifikatisten gehören, untergebracht zu werden. Diese Einreihung ist die Finanzverwaltung ihnen und der ganzen Anstalt schuldig. Denn geschieht es nicht, werden besser vorgebildete Elemente die Finanzwache um so gewisser meiden, als sie auf anderen Gebieten des Staatsdienstes nicht genötigt wären, auf die Vorteile, die ihnen ihre Vorbildung nach der Dienstpragmatik sichert, zu verzichten.

Was die österreichische Finanzwache heute ist und leistet, ist und leistet sie durch die allerdings »unverlangte«, sei es an Schulen oder durch Selbststudium erlangte Vorbildung der meisten ihrer Glieder. War es bisher immerhin noch möglich, damit in der Wache etwas zu erreichen, würde hier künftig die Vorbildung gar nichts bedeuten, denn auch ohne sie würde man in der Gruppe E automatisch vorwärts kommen können. Noch das, und aus der österreichischen Finanzwache wird eine bloße Finanzpolizei, neben der eine höhere, aus gut bezahlten Beamten bestehende Kontrolle unerläßlich sein wird. Der Wache kann man einmal nicht nehmen, was man wo anders nicht

doppelt zu ersetzen genötigt wäre. An der Wache läßt sich absolut nicht sparen. Hat man das in der Zeit vor 1888 an ihr Ersparnis nachher nicht samt Zinsen wieder hergeben müssen? Hätte man damals auf die Regenerierung der Wache einige Millionen verwendet, man hätte heute nicht fünfmal soviel aufzuwenden gebraucht, um eine zweite, die technische, Kontrolle zu erhalten. Je mehr man die Wache vernachlässigt, desto kostspieliger der Ueberwachungsapparat. Noch ist es nicht zu spät, aus der Finanzwache etwas zu machen, noch ist Zeit, den ganzen Ueberwachungsapparat auf moderne Basis zu stellen. Vor allem müßte die Verleihung von Beamtenstellen in ihr an den formellen Nachweis mindestens der Vorbildung geknüpft werden, die man von höheren Manipulationsbeamten verlangt. Es müßte aber durchaus nicht ein Nachweis in Form eines Reifezeugnisses sein, vielmehr wäre zu empfehlen, hierin überhaupt freier und unabhängiger vorzugehen; es gibt doch Maturanten, die in bezug auf allgemeine Bildung weit hinter Autodidakten zurückbleiben. Wer »reif« geworden ist durch sich selbst, im Leben, nicht an einer bestimmten Unterrichtsanstalt, der soll nicht zu kurz kommen. Es ist durchaus nicht viel verlangt, denn streng genommen, brauchte ein leitender Finanzwachbeamter eine viel tiefere Vorbildung; er brauchte noch darüber hinaus eine Spezialhochschulbildung, etwa nach Analogie jener der staatlichen Evidenzhaltungsbeamten. Also etwa bis zweijährigen Hochschulkursus, in dem er die für seinen Beruf erforderliche theoretische Grundlage (Staats-, Verwaltungs-, Finanzrecht, Finanzwissenschaft, Organische Chemie [Technologie], dann Elemente einiger Ingenieurwissenschaften und dergleichen Disziplinen) sich aneignen sollte. Elemente aller dieser Disziplinen muß ja ein leitender Finanzwachbeamter beherrschen, will er seine Aufgabe gehörig erfüllen. Die Forderung des formellen Nachweises einer höheren Vorbildung seitens der Finanzwachbeamten stelle ich hier nur angesichts der Tatsache, daß die Dienstpragmatik künftig nur die an Schulen, einerlei ob tatsächlich oder nur durch Ersitzen erworbene und durch Schulzeugnisse nachgewiesene Vorbildung zu berücksichtigen beabsichtigt, denn ich pflichte der Ansicht des reichsdeutschen Pädagogen J. B. Mayer (Rede in der Gen.-Versammlung des liberalen Schulvereines zu Bochum 1885, siehe »Die Ueberfüllung der Gymnasien und das Berechtigungswesen« von Dr. E. Lange, Hamburg 1890) bei, wonach keine Berechtigung für den Eintritt in den Verwaltungs-Subalterndienst eine Schulberechtigung sein sollte. Eine Ansicht, deren Richtigkeit gerade die Finanzverwaltung an uns Finanzwachbeamten bisher genug Gelegenheit hatte zu erproben.

Unsere Einreihung in eine der fünf Zeitvorrückungsgruppen, flößt uns aber auch sonst gewichtige Bedenken ein. Selbst in die Gruppe D eingereiht, würden wir eigentlich gar nichts von der ganzen Einrichtung haben. Wir würden nämlich automatisch in der Regel nicht vorrücken können, weil unsere Beamtenlaufbahn dazu zu kurz ist. Finanzwachbeamter wird man in der Regel nicht vor dem 20. Dienstjahr, so daß unsere ganze Beamtenlaufbahn im besten Falle nur 15 Jahre (siehe § 67, Abs. 3, des Entw.) umfassen würde. Also genau so viel, als die zwei Vorrückungsfristen der Gruppe E zusammen ausmachen, dagegen um 7 Jahre weniger, als der Vorrückungsspielraum der Gruppe D beträgt. Da man eben normalerweise erst im dritten Drittel der Gesamtdienstzeit Beamter wird, durchläuft man die erreichbaren Rangsklassen bedeutend schneller als es im Wege der Zeitvorrückung überhaupt möglich sein würde, denn Kommissäre der XI. Rkl. werden heute ernannt schon nach 3 Jahren zu Kommissären I. Kl. (X. Rkl.),

Kommissäre I. Kl. regelmäßig vor Ablauf von 9 Jahren zu Oberkommissären II. Kl. (IX. Rkl.) — die Zeitvorrückungsfrist in die IX. Rkl. der Gruppe D beträgt 9 Jahre — und in die VIII. Rkl. kann man überhaupt nur in der Gruppe A automatisch vorrücken. Hiernach wären Finanzwachbeamte im Hinblick auf die Best. des § 73 des Entw., wonach in die Zeitvorrückungsfrist nur die in der letzten Rkl. vollstreckte Dienstzeit (sie erlangen ohnehin früher die nächsthöhere Rkl.) beziehungsweise eine als Beamte zurückgelegte Dienstzeit von höchstens 5 Jahren (kein Finanzwachbeamter dient so lange als Beamter, daß er bei Eintritt der Wirksamkeit der Pragmatik nach Maßgabe dieser seiner Dienstjahre in eine höhere Rkl. vorzurücken hätte) einzurechnen ist, von der Wohltat dieser Einrichtung gänzlich ausgeschlossen. Sie hätten von ihr gar keinen Nutzen, im Gegenteil, sie würden dabei schlechter fahren als die Beamten der übrigen Dienstzweige gleicher Gruppe. Während ein solcher vorrückt in den Gruppen D und E nach 6 Jahren in die X. Rkl., in der Gruppe D nach 7 Jahren und in der Gruppe E nach 9 Jahren in die IX. Rkl. und in der Gruppe D nach weiteren 9 Jahren in die VIII. Rkl., erlangt der Finanzwachbeamte diese Rangsklasse im Wege der Zeitvorrückung überhaupt nicht, im Wege der Ernennung aber erst im dritten Drittel seiner gesamten Dienstzeit. Stellen wir einen Finanzwachangestellten neben einen anderen Staatsangestellten der nämlichen Gruppe und es zeigt sich sofort das sonderbarste Mißverhältnis in der Behandlung beider. Es treten zwei Untermittelschüler gleichzeitig in den Staatsdienst. Der eine wendet sich dem Steuerdienste zu, der andere wird Finanzwachangestellter. Während nun der erstere schon nach 4 Jahren Beamter wird (§ 72, Abs. 2, des Entw.) und in der Gruppe D nach weiteren 6 Jahren die X., nach weiteren 7 Jahren die IX. und nach weiteren 9 Jahren, somit nach Zurücklegung des 26. Dienstjahres die VIII. Rkl. erreicht, war der Finanzwachbeamte bis zu seinem 20. Dienstjahre überhaupt kein Beamter und ist erst in seinem 26. Dienstjahre (wenn es sehr gut geht, notabene) das, was der andere schon in seinem 12. Dienstjahre war, nämlich ein Beamter der X. Rkl.

Geht es auch vorderhand nicht an, zu verlangen, daß die Vorrückung in der Finanzwache gleichen Schritt mit jener in anderen manipulativen Dienstzweigen halte, etwas muß jedenfalls geschehen, um dieses krasse Mißverhältnis wenigstens zu mildern. Das einfachste wäre wohl, die Beamtenstellen in der Finanzwache um so viele zu vermehren, wie viele nötig sein würden, damit als Beamtennachwuchs in Betracht kommende Finanzwachangestellte nicht länger als höchstens 10 Jahre an die XI. Rkl. zu warten brauchten. Nach Vollstreckung des 10. Dienstjahres Respizient in der XI. Rkl. und von da ab automatisch in der Gruppe D zum Kommissär in der X., Oberkommissär in der IX. und VIII. Rkl. vorrücken. Diese Forderung ist in Anbetracht, als der Respizient ohnehin Beamtendienste leistet und dem Beamten in der XI. Rkl. in Bezügen nur unbedeutend nachsteht, nicht übertrieben zu nennen. Uebrigens würde man auf diese Weise die VIII. Rkl. auch so erst nach Zurücklegung des 32. Dienstjahres, also volle 8 Jahre später als zum Beispiel der gleichvorgebildete Beamte eines anderen Dienstzweiges der nämlichen Gruppe automatisch erreichen. Sollte es aber dermalen aus budgetären Rücksichten durchaus nicht möglich sein, die Respizienten in die XI. Rkl. der Staatsbeamten einzureihen, respektive die Beamtenstellen der IX. und X. Rkl. entsprechend zu vermehren, dann rechne man den Finanzwachbeamten für die Zeitvorrückung wenigstens ihre Finanzwachdienstzeit an Respizientencharge an. Das wäre nicht nur billig, auch gerecht.

